



Redebeitrag des JUP e. V. zur 22. Lichterkette (27.01.2020) aus Anlass der Befreiung des KZs Auschwitz am 27. Januar 1945 – für ein friedliches und gewaltfreies Miteinander, gegen Antisemitismus und Rassismus

Heute vor 75 Jahren wurden die letzten überlebenden Häftlinge des Vernichtungslagers Auschwitz befreit. Wir gedenken heute der zahlreichen Opfer des Nationalsozialismus.

Gedenken bedeutet für uns Handeln. Wir zeigen Flagge für eine antifaschistische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit können wir nicht ändern, aber die Gegenwart und die Zukunft liegen in unserer aller Hände! Gemeinsam können wir es schaffen! Vor zwei Tagen wurde bei einer Gedenkveranstaltung in Marzahn das Gedenken rechter Parteien mit Gewalt und Hunden durchgesetzt und damit das würdige Gedenken von Überlebenden der Shoah und Angehörigen von Überlebenden der Shoah und Antifaschist*innen verhindert. Diese durften erst würdig gedenken, als diejenigen fertig waren, die für eine geschichtsrevisionistische und menschenverachtende Politik stehen.

Ich frage Euch, was junge Menschen aus diesen politischen Beschlüssen und politischem Verhalten bzw. Nicht-Verhalten schlussfolgern und lernen sollen?

Die Teilnahme rechter Parteien an Gedenkveranstaltungen soll einer Normalisierung rechter und damit menschenverachtender Positionen im Parteienspektrum Vorschub leisten und die Akzeptanz gegenüber der AfD als demokratischer Partei erhöhen.

Dieser Entwicklung stellen wir uns als Träger der Offenen Jugendarbeit entschieden entgegen. Die AfD hat das erklärte Ziel, sich in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu etablieren, um noch mehr Anhänger*innen bzw. Wähler*innen für ihre menschenverachtenden Inhalte zu gewinnen. Eines ist jedoch klar und wir werden auch nicht müde, es zu wiederholen: auch wenn eine Partei demokratisch gewählt ist, kann sie undemokratische Inhalte vertreten. Wir stehen für eine menschenrechtsorientierte Jugendarbeit. Wir wollen reden, kommunizieren, uns austauschen, diskutieren, aushalten, wenn wir in einigen Punkten nicht übereinstimmen, uns mit Menschen solidarisch zeigen, die von menschenverachtendem Handeln und Denken betroffen sind.

Was wir jedoch nicht wollen – ist mit rechten Menschen reden, die ideologisch so gefestigt sind, dass es ihnen nicht darum geht, sich auf Augenhöhe zu begegnen. Diese Menschen trachten danach, den Raum für sich zu nutzen, und ihre diskriminierenden Positionen zu verbreiten.

Wir sagen laut und deutlich – nicht mit uns – wir wollen keiner Partei gefallen, die durch ihre Phrasen rassistische und antisemitische Ressentiments erhöht, die Verrohung der Gesellschaft vorantreibt und den Boden für noch mehr Gewalttaten durch ihre Hetze gegen sogenannte Minderheiten nährt und darüber hinaus auch antifeministische und trans- und homofeindliche Inhalte und und und vertritt.

Wir sagen nicht mit uns – wohl wissend, dass das zu neuen Anfragen auf parlamentarischer Ebene führen kann. Denn diese Anfragen stellt die AfD sowohl vor dem Berliner Senat als auch bei der Bezirksverordnetenversammlung seit nunmehr 4 Jahren in regelmäßigen Abständen zu Aktivitäten, die sie dem JUP zuordnet, um die jungen Menschen und uns als Verein – den Unabhängigen Jugendzentrum Pankow JUP e. V. – zum Schweigen zu bringen, um uns Gelder streichen zu lassen, bezirkliche Kosten in Rechnung zu stellen, um den Verein zu diskreditieren und finanziell zu ruinieren. So wie uns geht es vielen Trägern von sozialen Einrichtungen und demokratischen Projekten.

Das Ziel der AfD in Bezug auf uns ist es, unsere Jugendarbeit und die jungen Menschen im JUP zu kriminalisieren und Selbstorganisation von jungen Menschen zu verhindern.

Kurz nur mal zwei Beispiele für euch von zahlreichen, die wir mittlerweile erzählen können: So fand eine Veranstaltung im JUP-Café statt, die der AfD inhaltlich nicht passte und sogleich fragte sie nach dem Namen der referierenden Person, den wir natürlich nicht weitergegeben haben. In der jüngsten Anfrage skandalisieren sie eine Kundgebung, die von jungen Menschen für junge Menschen vor dem JUP und dem gegenüberliegenden Carl-von-Ossietzky-Gymnasium organisiert wurde, da die AfD zu einem Podium vor der Europa-Wahl am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium eingeladen wurde.

Diese Anfragen beschäftigen nicht nur uns, sondern auch die unterschiedlichsten Verwaltungsbehörden, die dadurch nicht zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen.

Die AfD schmeißt mit Dreck in viele Richtungen und es bleibt bekanntlich immer auch etwas haften. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Dass die AfD uns auf dem Kieker hat, zeigt uns, dass wir so einiges richtig machen.

Wir freuen uns über eine stabile politisch-demokratische Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung und im Kinder- und Jugendhilfeausschuss, die menschenrechtsorientierte Jugendarbeit befürwortet.

Wir finden Antworten mit der Jugend und antifaschistischen Kräften in der Gesellschaft – denn für uns ist klar: Wir setzen uns für Vielfalt im Kiez und darüber hinaus ein. Antifaschismus ist einer der Grundbausteine unserer gemeinsamen Zukunft. Wir kämpfen für eine Welt, in der keine Unterschiede zwischen Menschen gemacht wird, in der niemand zwangsgeräumt wird, für eine Welt, in der die vorhandenen Ressourcen dieser Gesellschaft gerecht verteilt werden.

Das Einstehen für ein diskriminierungsarmes Miteinander, für eine Welt, in der alle Menschen respektvoll miteinander umgehen – das passt nicht in die Weltanschauung der AfD.

Wohin menschenverachtendes Denken und Handeln geführt hat, haben wir im Nationalsozialismus gesehen.

Wir werden gemeinsam gegen Diskriminierung handeln und entschlossen, laut, mit vielen Stimmen für eine Gesellschaft eintreten, an der alle Menschen gleichermaßen teilhaben können.

Wir müssen und werden hinschauen und handeln.

**Gemeinsam Leuchten gegen Rechts –
für mehr Solidarität, Zusammenhalt und Vielfalt –
gemeinsam werden wir es schaffen!**